

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1893

149 (19.12.1893) Beilage zum Landboten

Deutsches Reich.

Karlsruhe, 13. Dez. 13. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Gönner gibt den Einlauf der Kammer bekannt. Dann wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Beratung über die Anträge Klein-Wertheim und Genossen und Schüler wird zusammengezogen und mit der Besprechung über die Denkschrift betr. Futternot verschmolzen.

Abg. Klein-Wertheim (lib.) begründet zunächst seinen Antrag betr. Futter- und Streumittel und verbreitet sich auch über die Denkschrift. Die Wünsche der Landwirtschaft seien, was das Futter anlangt, im Großen und Ganzen erfüllt. Die Ernte sei ja wohl zufriedenstellend ausgefallen, aber die Signatur des Jahres sei die große Trockenheit gewesen. Die Streumittel seien in Folge dessen ungewöhnlich gering geblieben. Die Wünsche der Landwirtschaftskommission des Landwirtschaftsrates seien seiner Zeit berechtigt gewesen. Vielfach hätten die Landwirte das Vieh verkaufen müssen, da der Futtermangel so empfindlich gewesen war. Da hätte die Großh. Regierung eingreifen müssen. Durch die Vorkäufe seien ca. 250 000 Zentner Heu und 100 000 Zentner Kraftfuttermittel für die notleidenden Gegenden beschafft worden. Ueber den Modus der Futterbeschaffung könne man verschiedener Meinung sein, aber er halte den von der Regierung für den besten. Ueber die Not der Landwirtschaft sei man aber trotz der Regierungsunterstützung noch nicht hinaus, namentlich dürste die Streunot noch fort-dauern. Er müsse den Herrn Minister noch bitten, bei den vielen Uebertretungen in Fortsachen Milde walten zu lassen. Die Leute hätten nur aus Not die Waldstreu entwendet. Eine Frachtermäßigung sei zu begrüßen. Die Regierung habe dem landwirtschaftlichen Notstande am meisten geteufelt. Zum Schlusse bittet der Redner, seinen Antrag anzunehmen, da derselbe die Hilfsaktion der Regierung noch zu ergänzen geeignet ist.

Abg. Schüler (Centrum): Der Notstand ist noch nicht überwunden, und man hat noch viele Mühe, das Vieh zu überwintern. Die Preise für die Futtermittel sind zu hoch gewesen. Es wird noch großer Summen bedürfen, um den alten Viehstand und die alten Verhältnisse wieder zu erreichen.

Präsident Eisenlohr glaubt, sich nach seinen beiden Vordrängern kurz fassen zu können. Durch die Konsumvereine sei viel Futter und Streumaterial geliefert worden. Die Futterbeschaffung wäre durch das österreichische Ausfuhrverbot unmöglich gewesen und man hätte sich dann nach Norddeutschland wenden müssen. Die Anschaffungskosten seien dadurch bedenklich gestiegen. Leider wäre es der Regierung nicht gelungen, der ganzen Not Herr zu werden. Viehverluste seien immerhin zu beklagen. Der Herr Präsident gibt auf Grund einer Statistik bekannt, daß sich der Viehstand in Folge des Mißjahres um 13 1/2 pCt. gemindert habe. Was die Zahlungsbedingungen betreffe, so müsse er mit dem Abg. Schüler erklären, daß ein 1/2 der Schuld am 1. Februar und der Rest bis Späthjahr bezahlt werden solle und zwar unverzinstlich. (Beifall.) Durch das gemeinsame Vorgehen der Regierung mit den verschiedenen Vereinen sei es gelungen, einigermaßen annehmbare Zustände zu schaffen.

Die weitere Diskussion, an welcher sich außer verschiedenen Abgeordneten auch Finanzminister Buchenberger beteiligte, geht auf spezielle Punkte ein, die wir hier nicht weiter berühren können.

Der Antrag Klein wird in Ziffer 1 einstimmig, in Ziffer 2 mit großer Mehrheit, in Ziffer 3 einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf, betr. die Einkommensteuer, wird auf Antrag des Abg. Fieser (nat. lib.) der Budgetkommission überwiesen.

Die freisinnige Fraktion hat ihren Antrag, betr. Instruktion der badischen Bundesratsbevollmächtigten, die Reichssteuerentwürfe abzulehnen, in etwas veränderter Form wieder eingebracht.

Nächste Sitzung: Freitag Vormittag 9 Uhr.

— 15. Dez. 14. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Vom Centrum liegen Gesetzentwürfe ein betreffend 1) die Vorbildung der Geistlichen; 2) betreffend die Orden und ordensähnlichen Kongregationen; 3) die Abhaltung von Missionen. Endlich wird die Regierung ersucht, einen Gesetzentwurf über die Abänderung der Wahlbezirke zu den Landtagswahlen vorzulegen.

Die Kammer nahm den Gesetzentwurf betreffend den Bau der Nebenbahn Kanderndorf-Vallingen an.

Fischer (Centrum) begrüßt das neue System im Bau der Nebenbahn mit Staatsunterstützung.

Wacker erklärt, das ganze Land werde dem neuen Eisenbahnministerium Vertrauen entgegenbringen bei der Einhaltung dieser Eisenbahnpolitik. Er hoffe, daß auch das politische Getriebe aus der Eisenbahnpolitik herankomme, damit nicht einzelne Bezirke im Hinblick auf den Eisenbahnbau glauben, so oder so wählen zu müssen.

Minister v. Brauner erklärt, die Regierung werde allen Wünschen, betreffend den Seitenbahnenbau, sobald die notwendigen Vorbedingungen erfüllt sind, gleich sympathisch gegenüberstehen. Nicht von politischen, sondern lediglich von volkswirtschaftlichen und finanziellen Rücksichten werde keine Eisenbahnpolitik geleitet sein. (Beifall.)

Abg. Strübe (natl.) berichtet hierauf Namens der Petitions-Kommission über die Petition des deutsch-sozialen Vereins Karlsruhe, die staatliche Prüfung der jüdischen Geheimlehren betreffend. In der Petition sei ausgeführt, daß verschiedene Gelehrten nachgewiesen hätten, daß im Talmud Lehren ständen, die nicht nur unsittlich, sondern auch staatsgefährlich seien. Dies habe in der Bevölkerung eine große Beunruhigung hervorgerufen. In jenen Lehren des Talmud sei den Juden gestattet, falsch zu schwören, zu betrügen, zu wuchern und aus diesen gehe hervor, daß die Juden eine festgeschlossene Gemeinde in unserem Staate, daß sie eine feindselige Verschwörung bildeten gegen unsere Gesellschaft. Im öffentlichen Interesse liege es, über die Geheimlehren Aufschluß und Aufklärung herbeizuführen. Besonders sei darauf noch hinzuweisen, daß das 4. Buch von Schulchan Aruch sittenwidrige Lehren enthalte. Die Petenten schlagen vor, das Kultusministerium möge eine nichtjüdische Kommission ernennen, bestehend aus Professoren der orientalischen Sprachen, welche die jüdischen Religionslehrbücher prüfen sollten. Was den Standpunkt der Petitionskommission anlangt, so könnte dieselbe sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Regierung sich damit beschäftige, die jüdische Litteratur einer Prüfung zu unterziehen und Maßregeln zu ergreifen, wenn sie auch zugebe, daß im vierten Buch Schulchan Aruch Sätze ständen, die den heutigen Anschauungen widersprächen. Von großer Wichtigkeit sei, daß die Religionslehrbücher zur Erziehung der Jugend keinerlei Stellen enthielten, wie die angedeuteten, und daß in keiner Schule ein Lehrbuch im Gebrauch sei, das mit der öffentlichen Moral in Widerspruch stehe. Dazu komme noch, daß keine Regierung einen Schritt gethan habe, wie ihn die Petenten anstreben. Aus diesen Gründen komme die Kommission zu dem Antrag über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Stoßhorne (cons.) plaidierte für die Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Nach längerer Debatte ging die Kammer über die Petition zur Tagesordnung über.

Berlin, 13. Dez. (Reichstag.) Haus und Tribünen sind stark besetzt. Am Bundesratsstisch: Caprivi, Böttcher, Marschall, Berlepsch. Bei der fortgesetzten 2. Beratung des rumänischen Handelsvertrags erklärt Lieber Namens eines Teils des Centrums, er sei von der schweren Notlage der Landwirtschaft überzeugt, die Ablehnung des rumänischen Handelsvertrags würde jedoch keine Abhilfe schaffen. Wir sind nicht einseitige Vertreter der Landwirtschaft, sondern des ganzen Volkes; sonst gibt man den Sozialdemokraten das Recht, sich als ausschließliche Vertreter der Arbeitererschaft zu bezeichnen. Tausende von Industriearbeitern werden bei Ablehnung des rumänischen Handelsvertrags brotlos, die landwirtschaftlichen Arbeiter aber bei seiner Annahme keine zwecks. (Zustimmung.) Redner hebt die Bedeutung des Vertrags für die oberhalb. Eisenindustrie, die fäch. Textilindustrie und die Schwarzwälder Uhrenindustrie hervor. Raum niemals vor eine Regierungsvorlage besser begründet als dieser Vertrag. (Beifall.)

Der preussische Handelsminister v. Berlepsch widerpricht der Ansicht, daß die deutsche Industrie nach Beendigung des Zollkrieges zwischen Oesterreich und Rumänien keine Vorteile von dem Handelsvertrage habe. Unser Hauptkonkurrent ist England. Rumänien ist wegen seiner außerordentlichen wirtschaftlichen Entwicklung für unsern Export ein begehrenswertes Land. 1892 hatte Deutschland eine um 20 Millionen Mark höhere Einfuhr nach Rumänien als England. Auch die preuß. Regierung ist überzeugt, daß der Handelsvertrag der Industrie nützen, der Landwirtschaft aber nicht schaden werde. (Beifall.)

v. Blöth (cons.) protestiert gegen die Behandlung des Bundes der Landwirte seitens der Regierung. Er erwarte die Widerlegung der Nachricht, daß die Aufhebung oder Veränderung der Zuderprämien erfolgen solle. Die Handelsvertragspolitik der letzten Jahre brachte unsere Viehexporte erheblich zurück, während die Vieheinfuhr bedeutend stieg. Durch die Annahme des rumänischen Vertrags würde derjenige des russischen Vertrags präjudiziert.

Staatssekret. v. Marschall: Bei dem höheren Zoll würde das rumänische Getreide nach Ländern gehen, wo es konkurrenzieren kann. Diese Länder würden dann an uns ihr Getreide schicken. Würde der Vertrag abgelehnt, so wäre der tertius gaudens nicht die deutsche Landwirtschaft, sondern die ausländische Industrie. Dann hätten wir Deutsche wieder einmal das Prinzip gerettet, aber Andere hätten den Vorteil. (Beifall links.)

v. Bennigsen (nat. lib.) erklärt, der größere Teil der Nationalliberalen stimme dem rumänischen Handelsvertrage zu.

— 14. Dez. Der Reichstag nahm endgiltig die Invalideengesetzvorlage an.

Bei der zweiten Beratung des spanischen Handelsvertrages hebt Abgeordneter Dr. Büllin (natl.) hervor, daß die spanischen Verschnittweine qualitativ besser als die italienischen seien, und stimmt dem Vertrage zu.

Staatssekretär v. Böttcher konstatiert nach amtlichen Berichten, daß der italienische Handelsvertrag auf den deutschen Weinbau günstig gewirkt habe. Wenn Spanien dieselbe Herabsetzung des Weinzolles gewährt werde, so würde für die deutschen kleinen sauren Weine

durch Verschnitt mit spanischen Weinen ein noch besserer Absatz ermöglicht werden. Die Regierungen seien bereit, gegen den Verschnitt des Kunstweins mit ausländischen Verschnittweinen besondere Maßregeln zu treffen.

Abg. Frhr. v. Mantuffel (cons.) polemisiert gegen die gesamte Handelsvertragspolitik und erklärt, die gestrigen Debatten würden der Agrarbewegung neue Nahrung geben.

Reichskanzler Graf Caprivi erklärt, es sei richtig, daß die Landwirtschaft die Kosten des russischen Handelsvertrags tragen würde; denn ein hauptsächlich Getreide produzierender Staat müsse auf diesem Gebiet Zugeständnisse erhalten. Er bekämpfe nur die agitatorische Methode des Bundes der Landwirte. Es sei nicht konservativ, die Majoritäten gegen die Autorität der Regierungen aufzurufen. Die Regierung müsse sich auf große Teile des Volkes, nicht auf eine einzelne Partei stützen. Er werde die Unterstützung nehmen, wo er dieselbe finde. Unter Bewegung des Hauses führt der Reichskanzler aus, die Abgeordneten dürften nicht von den breiten Massen beeinflusst werden. In der Währungsfrage sei kein Schritt ohne England möglich. Nach der Rede verläßt der Reichskanzler den Saal.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall erklärt, er sei kein Freihändler, sondern ein Anhänger des gemäßigten Schutzzolls.

Abg. Schulz-Lupig (Reichsp.) wendet sich gegen die Agitation des Bundes der Landwirte.

Die Abgg. Hehe, dieser Namens der Nationalliberalen und Frhr. v. Stumm (Reichsp.) stimmten dem Vertrage zu, desgleichen auch Abg. Richter, welcher lebhaft gegen die Agrarier polemisiert.

Abg. Dr. Kropatschek (d.-cons.) verteidigt die Konservativen gegen die Vorwürfe des Reichskanzlers und begründet deren ablehnende Haltung.

Abg. Dr. Lieber (Centr.) stellt fest, daß vom gesamten Centrum niemand ein grundsätzlicher Gegner der Handelsvertragspolitik sei und befürwortet den spanischen Vertrag sowie die Unterstützung der deutschen Winzervereine.

Abg. Graf Limburg-Sturum (d.-cons.) polemisiert gegen den Grafen Caprivi.

Der Reichstag nahm mit großer Mehrheit in zweiter Lesung den spanischen und serbischen Handelsvertrag an. Morgen ist dritte Lesung der Handelsverträge.

— 15. Dez. (Reichstag.) Dritte Lesung der Handelsverträge. Abg. Graf Bismarck erklärt, das Haus stehe unter dem Eindruck, daß der Reichskanzler Freihändler geworden sei, die kleineren Landwirte littren am schwersten. Der Hauptschaden sei die Bodenverwertung. Nur die Not habe den Bund der Landwirte geboren. Redner befürwortet den Antrag des Grafen Kanitz, die Handelsverträge nur bis zum 31. Dezember 1894 gelten zu lassen. Das Reich stehe nicht auf so schwachen Füßen, daß die Ablehnung der Verträge sein Ansehen schädigen würde. Bei einem Appell an die Wähler würden noch mehr Agrarier gewählt werden.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall bestritt, daß der Abschluß der Verträge einen Einbruch in die Schutzpolitik bedeute. Der Antrag des Grafen Kanitz sei höchst absonderlich und hiesse alle Concessionen der Vertragsländer verschmerzen.

Abg. Beck (Hospitalant der freis. Volksp.) befürwortet den rumänischen Handelsvertrag und wirft dem Grafen Bismarck einseitige Vertretung der Landwirtschaft vor.

Abg. Graf Kanitz (cons.) befürchtet, daß bei weiterer Benachteiligung der Landwirtschaft das Fortziehen der Arbeiter vom Lande wachsen, wodurch auch die Arme benachteiligt werde; denn die ländlichen Arbeiter seien die besten Soldaten. Redner befürwortet seinen Antrag, die Verträge nur ein Jahr gelten zu lassen.

Abg. Schulze-Henne (natl.) erklärt, er sei ein Schutzdöllner und ein Landwirt; trotzdem sei er überzeugt, daß die Handelsverträge die Landwirtschaft nicht schädigten.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) verteidigt das Verhalten des Bundes der Landwirte. Ohne agrarische Agitation wäre die Militärvorlage nicht durchgegangen. Die Schutzzölle könnten noch weiter herabgesetzt werden, sobald die Währungsfrage international geregelt wäre.

Abg. Schippel (Soz.) protestiert gegen die Behauptung, daß die Sozialdemokratie mit dem Anarchismus in Verbindung stehe, und erachtet die agrarische Bewegung als die stärkste neben der Arbeiterbewegung.

Finanzminister Dr. Miquel verteidigt gegenüber der vorgeföhrigen Rede des Sozialisten Schönlanf den Gedankengang des von ihm 1887 in Frankfurt gehaltenen Vortrags über den Uebergang von Privateigentum zu einer Art Genossenschaftseigentum und legt den Vortrag auf den Tisch des Hauses.

Abg. Richter polemisiert in längerer Ausführung gegen die Rede des Grafen Bismarck sowie gegen das Verhalten der konservativen Partei.

Der Antrag des Grafen Kanitz wird gegen die Stimmen der Konservativen und der Reichspartei abgelehnt.

Die drei Handelsverträge werden dann mit großer Mehrheit endgiltig angenommen.

Nächste Sitzung am 9. Januar 1894. Tagesordnung: Kleinere Vorträge.

Bekanntmachung.

Nr. 25 117. Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß in Waghäusel, Amt Bruchsal, die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist. Sinsheim, den 13. Dezember 1893.

Groß. Bezirksamt:
Gaddum.

Tages-Ordnung

zu der am
Dienstag, den 18. Dezember 1893
in Sinsheim stattfindenden Schöffengerichtssitzung.

Vormittags 9 Uhr:

1. In Str.-S. gegen den Tagelöhner Karl Heinrich Kirrstätter von Rappena u. z. Bt. in Mannheim, wegen Beamtenbeleidigung.

Vormittags 10 Uhr:

2. In Str.-S. gegen den Schmied Jakob Ketter von Rappena u., wegen Uebertretung des § 30 Ziff. 6 der Feldpolizeiordnung.

Groß. Amtsgericht.

Soffenheim.

Möbel-Versteigerung.

Donnerstag, den 21. ds. Mts.,
vormittags 10 Uhr,

setzt der Unterzeichnete im Gasthaus „zum Engel“ hier (nächst der Eisenbahn) folgende Gegenstände dem Verkaufe aus:

Kleiderschränke, Chiffonieres, Kommode, Waschkommode, Nachttische, verschiedene andere Tische, polierte und lackierte Bettladen und verschiedene Sessel.

Auf Verlangen wird auch Borgfrist gegeben. Kaufliebhaber werden freundlichst eingeladen.

Carl Strittmatter.

Zu

Weihnachtsgeschenken

empfehle eine größere Partie selbstverfertigte Schulranzen, Hosenträger, Portemonnais u. s. w. zu reduzierten Preisen. Ebenso empfehle sehr solid gearbeitete Polstermöbel, worunter Divan, Sopha, Sessel, Fauteuil, Klavierstühle in bekannt solider Ausführung.

Gmelin's Sattlerei,
Polster- und Tapeziergeschäft.

13 Hauptstraße 13 untere Stadt,
worauf besonders zu achten bitte.

Für die Hausfrauen:

Gebrannten ächten

Bohnen-Kaffee

empfehle die

Holländische Kaffeebrennerei

H. Disqué & Co., Mannheim
seit Jahren bekannt und beliebt unter der Karte:

Elephanten-Kaffee.

Vorzügliche Mischungen von kräftigen und aromatischen Kaffees:

f. Westindisch pr. 1/2 Ko. Mf. 1.60
f. Menado " " " " 1.70
f. Bourbon " " " " 1.80
f. Mocca " " " " 2.—

Durch eigene, nur uns bekannte Brenn-
methode:

Kräftiger feiner Geschmack.

Große Ersparnis.

Nur ächt in Packeten à 1/2, 1/4, und
1/8 Ko. mit Schutzmarke „Elephant“ versehen.
Niederlagen in:

Sinsheim: M. Erggelet,
Grombach: Wilh. Egel,
Rappena u.: E. Herbst Nachfolger,
Eichelbach: Gust. Günther.

Zur bevorstehenden Bedarfszeit
empfehlen:

Citronat und Orangeat
Hirschhornsalz
Pottasche
Backpulver
Backoblaten
Gewürze aller Art
Vanille, Vanillin
Vanillezucker
Rosenwasser
Citronen
Citronenöl und
Citronensaft
Puderraffinade
Streuzyucker zc.

Gebrüder Ziegler.

la. Holl. Vollhäringe

extragroße,

feinste Bismarckhäringe,
frische Robesp-Bückinge,
Sardinen u. Sardellen,
ächt Nürnberger Ohsenmaulsalat
empfehlen billigst

Gebr. Ziegler.

Sie Husten nicht mehr

bei Gebrauch von

Kaiser's Brust-Caramellen

wohlchmeckend und sofort lindernd

bei Husten, Heiserkeit,

Brust- u. Lungenkatarrh.

Echt in Pak. à 25 Pfg. bei

H. Seufert in Sinsheim,

Heinr. Waidler in Kirchardt.

Ueberall zu haben!



Anerkannt beste Fabrikate!

Kirchardt.

Unterhosen,
Wolle, Baumwolle
und Webgarne

in allen Farben empfiehlt billigst
Heinrich Waidler.

Erledigte Wegwartzstelle.

Die Kreiswegwartzstelle Distrikt 30 des Kreisweges 34 in Hilsbach ist mit einem anfänglichen Jahreslohn von 372 Mk. und einem Hilfsarbeiteraversum von 145 Mk. in Erledigung gekommen.

Bewerber um diese Stelle wollen sich unter Vorlage eines gemeinderätlichen Leumundszugnisses, eines ärztlichen Zeugnisses und etwaiger Militärpapiere bis längstens

Donnerstag, den 4. Januar 1894

bei Straßenmeister Häusler in Sinsheim melden, woselbst auch die Fragebogen zur Ausfüllung bereit liegen.

Sinsheim, 14. Dezember 1893.

Gr. Wasser- und Straßenbau-Inspektion.

Wöchentlich eine Nummer

Preis vierteljährlich 2 Mark

Schorers Familienblatt.

VX. Jahrgang 1894.

Beliebtestes und reichhaltigstes Unterhaltungsblatt

Prachtvoll illustriert

Glänzende farbige Kunst- und Extra-Beilagen

Abonnements bei allen Buchhandlungen und Postanstalten

(Postzeitungskatalog Nr. 6009).

Probe-Nummern umsonst und frei auch von der

Verlagshandlung

Berlin W. 35, Potsdamerstr. 27a.

J. S. Schorer A. G.

Auch in 18 Heften jährlich

zum Preise von je 50 Pfg.

Richters Anker-Steinbaukasten

sehen nach wie vor unerreicht da; sie sind das beliebteste Weihnachtsgeschenk für Kinder über drei Jahre. Sie sind billiger, wie jedes andre Geschenk, weil sie viele Jahre halten und sogar nach längerer Zeit noch ergänzt und vergrößert werden können. Die echten

Anker-Steinbaukasten

sind das einzige Spiel, das in allen Ländern ungeteiltes Lob gefunden hat, und das von allen, die es kennen, aus Überzeugung weiter empfohlen wird. Wer dieses einzig in seiner Art bestehende Spiel- und Beschäftigungsmittel noch nicht kennt, der lasse sich von der unterzeichneten Firma eiligst die neue reichillustrierte Preisliste kommen, und lese die darin abgedruckten

überaus günstigen Gutachten. — Beim Einkauf verlange man gefälligst ausdrücklich: Richters Anker-Steinbaukasten und weise jeden Kasten ohne die Fabrikmarke Anker scharf als unecht zurück; wer dies unterläßt, kann leicht eine minderwertige Nachahmung erhalten. Die echten Anker-Steinbaukasten sind zum Preise von 1 Mk., 2 Mk., 3 Mk., 5 Mk. und höher vorrätig

in allen feineren Spielwaren-Geschäften des In- und Auslandes.

Neu! Richters Geduldspiele: Et des Columbus, Blisableiter, Zornbrecher, Grillentöter, Däumleitz, Pythagoras usw. Preis 50 Pf. Nur echt mit Anker!

F. Ad. Richter & Cie., R. u. K. Hoflieferanten,

Rudolstadt (Thüringen), Nürnberg, Ulten (Schwets), Wien, Rotterdam, London E.C., New-York.



Ausschliesslich nur aare Geldgewinne

gelangen in der am 16. Januar 1894 und folgende Tage stattfindenden
Ziehung der

VI. Ulmer Münsterbau-Geld-Lotterie

zur Verlosung. **Baar: 342,000 Mark.**

Hauptgewinne à 75,000, 30,000, 15,000 u. s. w.

Original-Lose à 3 Mark., Porto und Liste 30 Pf. (für Einschreiben 20 Pfg. extra) empfiehlt und versendet auch gegen Nachnahme das Bankgeschäft

Carl Heintze, Berlin W., Hôtel Royal,
Unter den Linden 3.

Ausverkauf.

Von heute ab verkaufe meine sämtlichen Kurz- und Wollwaren u. s. w. wegen Aufgabe dieser Artikel, um schnellstens damit zu räumen, unter dem Ankaufrispreis.

Herrmann Apfel,
Hauptstraße gegenüber dem Löwen.